

Tarif 2008 **Ein Fass wird aufgemacht...**



Gewerkschaft
Erziehung
und Wissenschaft

Wir, die tarifgebundenen TVöD-Beschäftigten im öffentlichen Dienst **fordern:**

- **8% Lohnerhöhung - mindestens aber 200 Euro mehr für alle!**
- **Keine Minute Arbeitszeitverlängerung!**
- **Wiedereinführung des Bewährungsaufstiegs!**
- **Statt Leistungsentgelt für wenige – Lohnerhöhung für alle!**

Die Arbeitgeber aber verhöhnen uns mit ihrem Angebot:

- 3,9% für zwei Jahre = jährliche Lohn- „Steigerung“ um 2,17%
- Keine Festgelderhöhung
- Arbeitszeitverlängerung um 1,5 Stunden pro Woche
- Erhöhung des „Leistungsentgelts“ zweimal 0,5%
- Kein Bewährungsaufstieg

Wir sollen also auch noch Geld für unsere Arbeit mitbringen. Denn: Mit der Verlängerung der Arbeitszeit um 3,9% wird die angebotene Lohnerhöhung für 2008/2009 von 3,9% zum Nullsummenspiel für die Arbeitgeber. Lediglich ihr Herrschaftsinstrument, das „Leistungsentgelt“ soll steigen.

Und in der letzten Verhandlungsrunde setzen Schäuble und Böhle, die Verhandlungsführer der Arbeitgeber noch eins drauf: Sie wollen die tarifvertraglichen Regelungen zur Arbeitszeit kündigen. Sie wollen es wissen. Das können sie haben.

Daher rufen die Gewerkschaften Ver.di und GEW alle Kolleginnen und Kollegen, die direkt TVöD gebunden sind, auf:

Ganztägiger Warnstreik in München am 06.03.2008

ab 7.00 Uhr: Eintragung in die Streiklisten der GEW im GEW-Streikcafe, DGB-Haus, Schwanthalerstraße 64, Untergeschoss.

Demonstration, Beginn 8.30 Uhr

Wir sammeln uns vor der Zentrale der kommunalen Arbeitgeber (KAV) in der Hermann-Lingg-Straße (fünf Minuten vom DGB-Haus)

Zentrale Streikkundgebung 10.00 Uhr am Marienplatz

anschließend: Treffen im GEW-Streikcafe bis 15.00 Uhr

Beamtinnen und Beamte leistet keinen Streikbruch! Beteiligt euch nach euren Möglichkeiten an der Demonstration und der Kundgebung!

Streik – unser gutes Recht!

Das Recht der Gewerkschaften Warnstreiks und Streiks durchzuführen, wird durch das Grundgesetz garantiert.

Wenn die Gewerkschaften in einem TVöD-gebundenen Betrieb dazu aufrufen, können sich alle Beschäftigten daran beteiligen. Streikgeld erhalten allerdings nur die Gewerkschaftsmitglieder. Daher müsst ihr euch in die Streiklisten eintragen.

„Es ist kein Geld da“, wird Land auf, Land ab behauptet.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen!

Das private Geldvermögen ist von 2.020 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf 4.800 Milliarden Euro im Jahr 2007 gestiegen. Im Jahr 2007 verfügten 2 Prozent der Privathaushalte über 63% dieser 4.800 Milliarden Euro. Ein halbes Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als ein Viertel davon. Dagegen teilen sich 50% der Bevölkerung nur 4,5 Prozent des Geldvermögens. Diese Hälfte besitzt praktisch gar nichts. Viele sind sogar verschuldet.

Das Geldvermögen der Reichen und Superreichen nahm pro Jahr um 10 Prozent zu. Selbst im Jahr des Börsenkrachs 2002 konnten sie ihr Vermögen noch um 4,8 Prozent steigern. Hätte man diesen Steinreichen nur die Hälfte ihres Vermögenszuwachses weggesteuert, hätte der Staat heute 60 Milliarden Euro mehr in der Tasche.

„Die öffentlichen Kassen sind leer“, wird beklagt.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen!

Die Kehrseite des privaten Reichtums ist die öffentliche Armut. Steuergeschenke an die Reichen und die Unternehmen haben nun schon eine lange Tradition. Ohne sie bräuchten wir uns heute über fehlende Mittel für Bildung, Kultur und soziale Aufgaben keine Sorgen zu machen.

Konzerne zahlen immer weniger Steuern! So führte die Steuerreform 2000 dazu, dass die Konzerne im Jahre 2001 statt Steuern zu zahlen sogar Steuern zurückerstattet bekamen.

Die größten Steuerausfälle resultieren aus den Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer. In den vier Jahren von 2001 bis 2004 zahlten die Unternehmen zusammen 100,6 Milliarden Euro weniger Steuern – bei ständig steigenden Gewinnen.

Dazu kommen seit 1997 zusammen mindestens 50 Milliarden Euro Steuerausfall durch den Verzicht auf die Erhebung der Vermögenssteuer.

Die Absenkung des Spitzensteuersatzes spülte den Reichen weitere 6 Milliarden Euro auf die Konten. Das entspricht dem Betrag, der durch die Streichung der Arbeitslosenhilfe bei den Erwerbslosen „eingespart“ worden war.

Es soll mehr für die Aufrüstung und für Krieg ausgegeben werden. Von 2006 an steigt der „Verteidigungsetat“ um jährlich 800 Millionen Euro. Dieser Haushaltsposten ist von Kürzungen verschont. Umschichtungen und Verkauf nicht mehr benötigter Waffen und Grundstücke sollen Mittel für neues Kriegsgerät freimachen. Die Bundeswehr wird rundum mit neuen Waffen ausgerüstet und zu einer weltweit einsetzbaren Krieg führenden Truppe gemacht. Kostenpunkt: ca. 215 Milliarden Euro in den nächsten 15 Jahren.

Die Krise der staatlichen Finanzen ist durch politische Entscheidungen herbeigeführt worden und sie ist gewollt. Sie dient als Keule zum Lohn- und Sozialabbau und als Druckmittel zur Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und des öffentlichen Besitzes.

GEW Landesverband: 089 - 5440810

GEW Streikkomitee München: Tel.: 089 – 12308316

GEW Streikbüro: Schwanthalerstraße 95-97/2.Stock, Mo. bis Fr. 17.00-19.00 Uhr

Termine Streikkomitee: Mi., 05.03., 19.00 Uhr, DGB Haus, Schwanthalerstraße 64

Macht mit, unseren Arbeitskampf müssen wir selbst organisieren!

V.i.S.d.P.:Oskar Brückner, Landesvorsitzender der GEW-Bayern, Schwanthalerstraße 95-97, 80336 München.